

Gastwirte und Schleichhandel.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Kn Frankfurt a. M., 22. Juni.

Im Bürgeraal des Frankfurter Rathhauses fand heute die Reichsernährungskonferenz statt, die auf Veranlassung der Kriegsschutzstelle des Hansabundes aus Vertretern der Reichsbehörden, der bundesstaatlichen Ministerien, der Gemeindeverbände und der Fachverbände des Gaststättengewerbes zusammengetreten war. Man sprach, wie bereits seinerzeit in der „Vossischen Zeitung“ mitgeteilt, über folgende Punkte: Ausreichende Sonderbelieferung und Gleichstellung der Gaststätten mit Selbstverbrauchern, Freigabe der überschüssigen Nahrungsmengen an den freien Handel und die Reichsgasthausmarke und deren Bewertung. Unterstaatssekretär Dr. Müller vom Kriegsernährungsamt war nicht erschienen, da er im Reichstage zugegen sein mußte. Ebenso waren verhindert die Reichstagsabgeordneten Struwe, Wangenheim und Nieber; sie hatten Begrüßungsschreiben geschickt. Anwesend waren die Landtagsabgeordneten Elsäß, Stuttgart und Heilbronn-Frankfurt a. M. Die Anwesenheitsliste wies bei einer Teilnehmerstärke von über 300 Personen eine stattliche Reihe von Behörden, Ämtern und Fachverbänden auf. Man gewann den Eindruck, daß die Vertreter des Gaststättengewerbes die Absicht haben, einmal der Regierung sehr scharf gewürzt aufzutischen.

Bankier Hoheneimer-Frankfurt a. M. eröffnete die Versammlung. Danach gab Generalsekretär Baum einen Überblick über die Vorgeschichte dieser Reichskonferenz, der Besprechungen im April und im Mai in Frankfurt a. M. vorhergingen. Die eigentliche Veranlassung liege in den verschärften Bestimmungen gegen den Fleischhandel vom März 1918 und gegen den Fremdenverkehr.

Stadtverordneter Göhl-Frankfurt a. M., der über den ersten Punkt der Tagesordnung sprach, erhob heftige Vorwürfe gegen die Behörden, gegen die Krähwindelei der Grenzsperrern und gegen die Bestrafung mit Gefängnis von Gaststätten-Inhabern, die notgedrungen die Verordnung übertreten. Der Unsinn liege darin, daß der Gaststätteninhaber zwar Marken abgeben müsse, dafür aber nicht den vollen Wert in Nahrungsmitteln bekomme. Sanitätsrat Dr. Pariser-Bad Homburg sprach dann über die Lage in den kleinen Städten und in den Badeorten und Sanatorien. Der Redner malte die Lage, wie er sie sieht, mit viel nieblichen Schlagworten. Die Badeorte seien die Kazerette für die Volksbevölkerung. Wie sind auf Schleichhandel angewiesen, alle in Deutschland. Der Redner verlangte überdies Ausnahme der Gaststätteninhaber von den Strafbestimmungen der Fleischhandelsverordnung.

Madam sprach der zweite Berichterstatter Sommer über die Freigabe des Handels. Es ist bemerkenswert, daß dieser Redner mit gewissen Einschränkungen für den Antrag Rosicks im Reichstag eintrat.

Der dritte Redner Busch, der über die Reichs-Gasthausmarke sprach, glaubte zwar, diese Einrichtung als Hilfsmittel empfehlen zu können, ist aber selbst der Meinung, daß eine obligatorische Einführung einer Reichsgasthausmarke sich nicht wohl werde machen lassen. Daraus erwiderte Oberregierungsrat v. Eynern vom Kriegsernährungsamt. Er glaubte die Klage dadurch am besten abzuwehren, daß er die Ernährungslage schwarz in schwarz schilderte. Die Missetände in der Belieferung des Gasthausgewerbes, die zweifellos vorhanden seien, wurden von ihm auf die allgemeine Notlage zurückgeführt. Zum Schluß wandte er sich scharf gegen die Wiedereinführung des freien Handels. Der freie Handel habe versagt. Denn im Anfang des Krieges, als wir noch im Ueberfluß schwammen, seien durch den freien Handel Waren ohne Not verschoben und zum Teil zu Wucherpreisen ausgeben worden.

Es folgte dann eine lange Reihe von Rednern der Fachverbände und Vertretungen der Gemeindeverwaltungen. Im allgemeinen wurde die Reichsgasthausmarke verworfen. Dieser Meinung war auch der Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden, Magistratsrat Dr. Siem. Endlich wurde von einem Redner, um wenigstens ein Ergebnis zu zeitigen, eine Entschließung eingebracht, nach der dem Kriegsernährungsamt ein Hilfsausschuß für das Gasthausgewerbe beigegeben werden soll. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.